HORST GRABERT

Wehe, wenn du anders bist

Ein politischer Lebensweg für Deutschland

VERLAG JANOS STEKOVICS

Traum, Konzertpianistin zu werden, hatte sich nicht erfüllt. Sie freute sich an den Enkeln, die sie innig liebte, und sie hoffte auf eine gute Entwicklung in Deutschland, damit es den Enkeln besser ginge. Aber sie war sich nie sicher, ob die Deutschen ihre Lektion wirklich gelernt hatten. Oft gab es Vorfälle, die sie daran zweifeln ließen. Offener Antisemitismus kam damals zwar höchst selten vor, aber unter der Oberfläche war er doch sehr gegenwärtig.

Nach der Ernennung zum Senatsdirektor legte ich mein Mandat als Bezirksverordneter und damit auch den Fraktionsvorsitz nieder. Rechtlich war das zwar nicht notwendig, aber mein Verständnis von Demokratie erlaubte es nicht, diese Funktionen als Vertreter der Bürgerschaft in einem Bezirk mit der landesweiten Aufgabe, die ich jetzt innehatte, zu verbinden. Ich kündigte auch an, nicht erneut als Kreisvorsitzender der SPD zu kandidieren, und leitete die Geschäfte auf Klaus Riebschläger über, den ich als meinen Nachfolger empfahl.

Die Arbeit in der Bauverwaltung füllte mich aus. Auch international waren meine Vorträge mit Interesse aufgenommen worden. Selbst nach Oslo wurde ich als Berater eingeladen. Die meisten Reisen führten mich aber in die USA, wo ich am internationalen Meinungsaustausch teilnahm. Meine Beiträge waren nicht nur fachbezogen, ich sprach auch über die politischen Aspekte der Arbeit in Berlin. Daraus wurde eine Vortragsreihe an der Berkley-University bei San Francisco, bei der jährlich über die politische Entwicklung in Deutschland berichtet wurde. Ich wurde auch als Vertreter Berlins zur Eröffnung der ersten internationalen Gartenbauausstellung in Wien entsandt. Wien hatte, wie viele europäische Städte, das Problem des sprunghaft wachsenden Autoverkehrs, das auf der IGA diskutiert werden sollte. Ich wurde herzlich vom damaligen Wiener Bürgermeister Jonas empfangen, der später österreichischer Bundespräsident wurde. Besonders gefiel mir in Wien, dass ich mit meiner Frau gekommen war. Beide hatten wir tagsüber getrennte Programme, aber zu den Gesellschaften am Abend konnten wir als das 'Berliner Paar' auftreten.

Mit der Veränderung 1966 in Bonn, wo durch die Bildung der großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD eine neue Phase der

Entwicklung begonnen wurde, traten naturgemäß auch tiefgreifende Veränderungen in Berlin ein. Willy Brandt wurde Außenminister, verließ also Berlin und Klaus Schütz, der Bundessenator, ging mit ihm als sein Staatssekretär in das Auswärtige Amt. Berlin suchte einen neuen Regierenden Bürgermeister und der Senat musste neu gebildet werden. Willy Brandt empfahl seinen bisherigen Innensenator Heinrich Albertz als seinen Nachfolger.

In Teilen der SPD hatte man dagegen Vorbehalte, denn Albertz hatte auf seine freimütigen Reden nicht den Beifall aller erhalten. Wer den Rat der Bürgermeister 'Rat der Dorfschulzen' genannt hatte, war in den Augen vieler Funktionäre ungeeignet. Einige fanden es unpassend, dass ein Pfarrer die Nachfolge antreten sollte. Ich hatte aber den Eindruck, dass der wahre Grund nicht ausgesprochen würde. Albertz war für viele einfach geistig zu unabhängig, und ihm fehlte der 'SPD-Stallgeruch'. Der Landesparteitag hielt sich aber an den Rat Willy Brandts und wählte Heinrich Albertz als den SPD-Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters.

Albertz hatte große Probleme seinen Senat zu besetzen, denn der interne Streit der Flügel und einer so genannten Mittelgruppe spitzte sich zu. Albertz fragte mich, ob ich als Innensenator zur Verfügung stünde. Ich fand das nicht gut und schlug vor, die Leitung der Senatskanzlei zu übernehmen, da ja Dietrich Spangenberg als Nachfolger von Klaus Schütz zum Bundessenator bestellt werden sollte und daher einen Nachfolger brauchte. Nach einigen Wochen konnte Albertz einen Vorschlag präsentieren. Innensenator wurde Rechtsanwalt Büsch, der der Mittelgruppe angehörte, und ich rückte nicht in den Senat auf, sondern wurde zum Chef der Senatskanzlei bestellt.

Am 1. Juni 1967 sollte ich das neue Amt antreten, genau an dem Tag, als der Schah von Persien im Rahmen eines Staatsbesuches in Berlin erwartet wurde. Um 9.00 Uhr wurde ich vom Regierenden Bürgermeister Albertz in das neue Amt eingeführt, anschließend traf ich mit den leitenden Beamten zu einem ersten Gespräch zusammen. Es war ein gutes Team, das mir da zur Seite stehen würde. Besonders freute ich mich, dass ich nun wieder mit meinem alten Freund Horst



Korber eng zusammen arbeiten konnte, denn er leitete die politische Abteilung der Senatskanzlei.

An diesem Morgen blieb nur wenig Zeit, denn ich musste zum Flugplatz, um eine Maschine nach Hamburg zu nehmen, wo ich noch eine Vortragsverpflichtung hatte. Bei dieser Gelegenheit wollte ich mich bei meinem Kollegen, dem Chef der Hamburger Senatskanzlei, vorstellen und die künftige Zusammenarbeit besprechen. Die Fahrt zum Flugplatz war wegen der Absperrungen für den Schah-Besuch sehr kompliziert, denn zur gleichen Zeit sollte der Schah in Berlin eintreffen. An mehreren Stellen waren schon die Schah-Gegner mit den so genannten 'Jubelpersern' in Streit geraten und die Polizei hatte alle Hände voll zu tun. Mit etwas Verspätung flog ich in Richtung Hamburg ab, nicht ahnend, dass ich am nächsten Tag in ein Chaos zurückkehren sollte. Zwar hatte mir Kollege Fahrenholz in Hamburg beim Abendessen die letzten Informationen gegeben, aber als ich am nächsten Mittag wieder in Tempelhof landete, waren die Krawalle so eskaliert, dass die Polizei kaum noch Herr der Lage war. Vor dem Rathhaus Schöneberg hatte es eine wüste Schlägerei gegeben. Der Platz war durch massiven Einsatz von Wasserwerfern geräumt worden, um die Abfahrt des Schah-Konvois nach seinem Besuch beim Regierenden Bürgermeister zu ermöglichen. Für den Abend stand eine Aufführung der 'Zauberflöte' auf dem Besuchsprogramm. Die Polizei hatte die höchste Alarmstufe angeordnet. Ich ließ mir von meinem zuständigen Beamten einen kurzen Lagebericht geben und versuchte, mit dem 'Regierenden' (Rathausjargon für den Regierenden Bürgermeister) zu telefonieren, was trotz intensiver Bemühungen von Frau Schwarz, die das Sekretariat des Regierenden Bürgermeisters leitete, nicht gelang. Es wurde verabredet, nach der Oper zu telefonieren.

So fuhr ich nach Hause, um mich in meine Abendkluft zu werfen und mit meiner Frau in die Oper zu fahren. Dort waren Tausende teilweise mit Plastiktüten maskierte Demonstranten versammelt, die ankommende Gäste mit Eiern und Tomaten bewarfen. Der etwas ältere Fahrer meines Dienstwagens schwitzte Blut und Wasser, bis er seinen Chef und dessen Frau heil in die Oper gebracht hatte. Er wollte sofort

den Wagen waschen lassen, denn so bekleckert könne man sich ja nicht sehen lassen, meinte er.

In der Oper stieß ich auf Polizeipräsident Duensing, einen alten General der deutschen Wehrmacht, mit dem ich mich bekannt machte. Ich erlaubte mir den Hinweis, es sei doch sicher an der Zeit, den gegenüberliegenden Bürgersteig räumen zu lassen. Der Polizeipräsident wusste es besser: "Nee, junger Mann, det lassn Se mal die Fachleute machen. Aus dem Gesocks machen wa heute noch ne Leberwurscht." Diese 'Leberwurscht' sollte im weiteren Verlauf des Abends eine wichtige Rolle spielen, wie spätere Untersuchungen ergeben haben. Aber ich wollte an meinem zweiten Diensttag als CdS keinen Streit in der Oper anfangen und ging mit meiner Frau in den ersten Rang, wo wir inmitten der Stellvertretenden Stadtkommandanten, die die politische Führungsspitze der Schutzmächte darstellten, unsere Plätze einnahmen. Es war eine gute Gelegenheit zum Kennenlernen, von der alle gerne Gebrauch machten. Der US-Gesandte Dave Klein und seine Frau Anne luden gleich zu einem Abendessen, denn es gäbe doch sicher in den nächsten Tagen viel zu besprechen, womit sie leider Recht behielten. Zunächst aber zog die Musik Mozarts alle in ihren Bann. In der Pause lief ich durchs Foyer und ging vor die Tür des Opernhauses. Die Wasserwerfer hatten ganze Arbeit geleistet. Außer der Polizei war kein Mensch mehr zu sehen. Wie nach einer Schlacht, dachte ich und fragte einen Polizeioffizier nach der Lage. Er meinte, man habe jetzt alles unter Kontrolle. Die Frage nach Verletzten konnte oder wollte er nicht beantworten. Nach Toten hatte ich nicht gefragt.

Nach der Oper fuhr ich mit meiner Frau sofort nach Hause, das Auto war gewaschen, ich ließ das Radio anstellen und erfuhr, dass es einen Toten gegeben habe. Ein Polizist hätte in Notwehr einen jungen Störer erschossen. Ein Warnschuß habe als Querschläger den jungen Mann unglücklicherweise tödlich getroffen.

"Das ist doch Blödsinn", entfuhr es mir und meine Frau war sehr verwundert. Sie meinte, das sei doch "eine amtliche Verlautbarung, da können die doch nicht lügen." Zu Hause angekommen, versuchte ich sofort Kontakt zum Regierenden Bürgermeister aufzunehmen.



Nach einiger Zeit gelang das. Heinrich Albertz bestellte mich zu 9.00 Uhr zu sich ins Rathaus. Auf die Zweifel, die ich an der Darstellung der Polizei anmeldete, reagierte Albertz nicht.

Als ich am nächsten Morgen pünktlich beim Regierenden Bürgermeister erschien, traf ich auf den Polizeipräsidenten, der von einem angeblich vorbereiteten Bombenattentat auf den Flugplatz Tempelhof berichtete. Die Polizei habe einen mit Sprengstoff gefüllten PKW am Platz der Luftbrücke gestellt und den Fahrer, einen Studenten, verhaftet. Ich hielt diese Meldung für unglaubwürdig und hatte den Eindruck, die Polizei wolle von etwas ablenken. Möglicherweise hing das mit dem Tod des jungen 'Störers' zusammen, der gestern ums Leben gekommen war. Ich schlug vor, dass ich sofort zum Platz der Luftbrücke fahren würde, um einen Eindruck von der Sachlage zu bekommen. Der Polizeipräsident protestierte und verbat sich Zweifel an seinem Bericht. Albertz aber sagte: "Fahren Sie, CdS!"

Nach zehn Minuten traf ich am Platz der Luftbrücke ein und musste sehr energisch die Absperrung überwinden. An der Einfahrt zum Flughafen stand ein Volkswagen mit weit geöffneten Türen. Auf dem Rücksitz befanden sich einige Kisten mit aufgeklebten Schildern, die ihren Inhalt als Feuerwerkskörper deklarierten. Der begleitende Polizeioffizier warnte mich vorm Herantreten. Es handele sich um Sprengstoff, der jederzeit explodieren könne. Es waren weder Verbindungskabel noch eine Zündvorrichtung zu entdecken. Ich dachte, wenn einer eine Bombe durch die Stadt fährt, dann würde man die doch in den Kofferraum legen und nicht auf den Rücksitz, wo sie jedermann sieht. Ich ging zum Wagen und nahm eine Kiste heraus. Nichts geschah. Es waren Feuerwerkskörper. Ich nahm ein Exemplar an mich, fuhr sofort ins Rathaus zurück, stellte das Ding auf den Schreibtisch des Regierenden Bürgermeisters und sagte, dass dies die Bombe des Herrn Polizeipräsidenten sei, der sich 'weitere Schritte' vorbehielt und das Rathaus eiligen Schrittes verließ.

Jetzt hatten der Regierende Bürgermeister und sein Chef der Senatskanzlei ein sehr langes und freundschaftliches Gespräch. Im Ergebnis wurde festgelegt, dass der Senatssprecher die noch in der Nacht

abgegebene Erklärung des 'Regierenden' relativeren und auf die stattfindende staatsanwaltliche Untersuchung verweisen solle, bevor eine Beurteilung des Vorganges erfolgen könne. Nur auf Anfrage sollte der Sprecher mitteilen, dass von einem Attentat oder einem Bombenanschlag nichts bekannt sei. Gerüchte über einen solchen Vorgang hätten sich nicht bestätigt. Für Einzelheiten sei auf die Polizei zu verweisen.

Für mich hatte dieser Vormittag eine neue Erfahrung gebracht: nie mehr einer amtlichen Verlautbarung zu trauen, wenn es auch nur einen leisen Zweifel an ihrer Richtigkeit gab. Der Ablauf des 2. Juni, an dem der unbeteiligte Student Benno Ohnesorg durch eine gezielte Polizeikugel ums Leben kam, ist durch eingehende Untersuchungen und Strafprozesse aufgeklärt worden. Die herausgegebenen amtlichen Erklärungen haben sich in der Folge als völlig haltlos erwiesen. Dieser Vorgang hatte lange vor dem Abschluss der Untersuchungen tiefgreifende politische Folgen. In der auf den 2. Juni folgenden Senatssitzung beherrschte er die Tagesordnung. Nach einem Bericht des Innensenators, der viele Fragen offen ließ, brach eine emotionale Debatte los, wie sie wohl noch nie stattgefunden hatte. Ein Senatsmitglied stellte den Antrag, die 'paar hundert Störer' zu erfassen und aus der Stadt auszuweisen. Auf meinen Einwand, dass die Verfassung Berlins und das Grundgesetz dafür keine Handhabe böten, wollte dieser Senator, dass die Senatskanzlei sich eine entsprechende Anordnung der Alliierten besorgen solle. Der Regierende Bürgermeister wies den Antrag als unzulässig zurück, die Senatsmehrheit unterstützte die Zurückweisung. Es wurde verabredet, diesen Vorgang nicht zu protokollieren.

Ich hatte den Eindruck, die schöne Fassade der Politik war dabei zusammenzubrechen. Wie wollte der Senat die nächste Zeit überstehen, in der mit zahlreichen Demonstrationen gegen Polizei und Senat zu rechnen war? Wie sollte erklärt werden, dass ein Student, dem kein Vergehen angelastet werden konnte, von einem Polizisten erschossen und dieser Polizist zumindest anfangs von der Polizeiführung und dem Senat verteidigt worden war? In den nächsten drei Monaten war an eine normale Arbeit nicht zu denken. Dann trat der





Innensenator endlich zurück – viel zu spät. Eine Senatskrise bahnte sich an, denn der Regierende Bürgermeister fand keinen Kandidaten, den er als Nachfolger präsentieren konnte. Schließlich erklärte ich mich bereit zu kandidieren, wissend, dass ich keine Chance hatte, gewählt zu werden, denn in der Fraktion der SPD wollte man diesen Regierenden Bürgermeister loswerden, der in der letzten Zeit auch noch von neuen Einsichten und von Verständnis für die Demonstranten gesprochen hatte. So lehnte die SPD-Fraktion meine Kandidatur mehrheitlich ab. Danach trat der Regierende Bürgermeister mit einer denkwürdigen Rede zurück.

Eine Krisensitzung folgte der nächsten. Als Chef der Senatskanzlei versuchte ich, die laufenden Geschäfte wenigstens einigermaßen vor dem Stillstand zu bewahren. Schließlich einigten sich die Sozialdemokraten auf Klaus Schütz als Nachfolger von Heinrich Albertz. Im Oktober fand seine Wahl statt und endlich war wenigsten formal die Krise beendet. Ich bot Schütz meinen Rücktritt an, der aber bat mich, im Amt zu bleiben. Die inhaltliche Auseinandersetzung in der Stadt war noch lange nicht zu Ende.

Der Aufstand der 68er hatte gerade erst begonnen. Die jungen Aufständischen beherrschten die Szene. Mit einem Meer von Roten Fahnen zogen sie durch die Straßen und intonierten ihre Sprechchöre. Den antikommunistischen Westberlinern sträubten sich die Haare. Klaus Schütz goss Öl ins Feuer, als er rief: "Schaut euch diese Typen an!" Die Schutzmächte begannen sich Sorgen zu machen.

Als dann Ostern 1968 Rudi Dutschke, einer der Führer der Studenten, einem Attentat zum Opfer fiel, merkten viele, dass die Eskalation zu weit getrieben worden war. Der große Trauerzug, mit dem Dutschke zu Grabe getragen wurde, brachte die Wende im Umgang der Macht mit dem Aufstand. Dazu hatten Heinrich Albertz, nun wieder als Pfarrer der evangelischen Kirche in Zehlendorf tätig, und Bischof Scharf, der Landesbischof der evangelischen Kirche, erheblich beigetragen. Ich sprach mit Frau Dutschke und mit den Organisatoren des Trauerzuges und blieb auch danach in Kontakt mit den Protestierern. Werner Stein, der Senator für Wissenschaft und Kunst, selber

Hochschulprofessor an der Freien Universität, begann eine Hochschulreform einzuleiten, die diesen Namen auch verdiente. Jetzt wurde nicht nur demonstriert, sondern auch miteinander gesprochen. Es war höchste Zeit, denn wie sich sehr schnell zeigte, waren viele Forderungen der Studenten durchaus berechtigt. Es gab auch viel Unsinn, denn nicht jedes Happening war geeignet, die Forderungen der Studenten voranzubringen.

Aber die Kluft in der Stadt blieb lange erhalten. Das zeigte sich auch im Senat, wo Werner Stein große Schwierigkeiten überwinden musste, um die Zustimmung zu seinem Hochschulgesetz zu erhalten. Klaus Schütz blieb neutral. Es wäre auch unklug gewesen, sich offen auf die Seite der Reformer zu stellen. Er musste für die konservative Mehrheit in der SPD akzeptabel bleiben.

Ganz unbemerkt waren während dieser hektischen Zeit die Bemühungen um ein geregeltes Nebeneinander mit der DDR weiter gegangen. Noch vor seinem Rücktritt hatte Heinrich Albertz mich unter dem Vorwand eines Städtekontakts nach Prag geschickt, wo ich mit den dortigen Reformern, die sich um einen Kommunismus mit menschlichem Antlitz bemühten, darüber sprechen sollte. Alexander Dubcek war an einem solchen Versuch besonders interessiert und ich konnte viele Hinweise mit nach Hause nehmen.

Auch die Schutzmächte begannen über dieses Thema nachzudenken. Es wurde die Idee entwickelt, in einem vierseitigen Abkommen mit der Sowjetunion die praktischen Fragen zu regeln, die besonders die Westberliner angingen. Grundlage aller Regelungen mussten die Zuständigkeiten und Rechte der Alliierten bleiben, die nach den Beschlüssen der Alliierten Konferenzen in der Kriegs- und Nachkriegszeit eingerichtet und noch immer in Kraft waren.

Jetzt begann sich die von mir entwickelte vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den alliierten Verbindungsoffizieren auszuwirken, die im Rathaus Schöneberg ihre Büros hatten und für Kontrolle und Zusammenarbeit mit dem Senat in erster Linie zuständig waren. In den wöchentlichen Besprechungen nach jeder Senatssitzung spielte neben